Amtschefkonferenz am 21. November 2024 in Berlin

Beschlussvorschlag des Landes Nordrhein-Westfalen

TOP 16 Ein Jahr Bund-Länder-Pakt: Perspektiven für weitere Beschleunigung

1. Die Wirtschaftsministerkonferenz nimmt den Bericht des Bundesministeriums für Wirtschaft und Klimaschutz zur Kenntnis.
2. Einfache und schnelle Planungs- und Genehmigungsverfahren sind essentiell für das Gelingen der Energiewende sowie der industriellen Transformation zur Klimaneutralität und für die Wettbewerbsfähigkeit der Wirtschaft in Deutschland. Die Beschleunigung dieser Verfahren verbessert das Investitionsklima und erhöht das innovative Potential unserer Wirtschaft.
3. Die Wirtschaftsministerinnen, Wirtschaftsminister und Wirtschaftssenatorinnen bekennen sich zur Beschleunigung von Planungs- und Genehmigungsverfahren auf allen Ebenen. Sie setzen sich für die schnelle und konsequente Erfüllung der Vereinbarungen des Bund-Länder-Pakts für Planungs- Genehmigungs- und Umsetzungsbeschleunigung ein und fordern die übrigen Ressorts dazu auf, die in ihrer Zuständigkeit liegenden Maßnahmen zügig und vollständig umzusetzen. Sie werden auch weiterhin den Austausch mit den Innen- und Umweltressorts der Länder pflegen, um die gemeinsamen Anstrengungen zur Beschleunigung von Planungs- und Genehmigungsverfahren fortzusetzen. Insbesondere muss die Bundesregierung jedoch geeignete bundesrechtliche und finanzielle Rahmenbedingungen für die Verwirklichung des Pakts durch die Länder schaffen, soweit dies noch nicht geschehen ist.

4. Die Wirtschaftsministerinnen, Wirtschaftsminister und Wirtschaftssenatorinnen fordern die Bundesregierung insbesondere auf, den Vereinbarungen des Bund-Länder-Pakts entsprechend, Artenschutzstandards für die Modernisierung des Straßennetzes und von Industrieanlagen gesetzlich festzulegen. Darüber hinaus fordern die Wirtschaftsministerinnen und Wirtschaftsminister, einen Leitfaden zum Umgang mit ubiquitären Arten zu erstellen, um insoweit einen bundesweit einheitlichen Vollzug des Artenschutzrechts zu gewährleisten und die Verfahren zu beschleunigen. Die zeitnahe Erstellung dieses Leitfadens wurde bereits 2023 im Rahmen des Bund-Länder-Pakts vereinbart.
5. Für die Beschleunigung von Planungs- und Genehmigungsverfahren sind gut ausgestattete Vollzugsbehörden und der effektive Einsatz vorhandener Ressourcen von zentraler Bedeutung. Die Wirtschaftsministerinnen, Wirtschaftsminister und Wirtschaftssenatorinnen fordern daher, Genehmigungsverfahren durch eine umfassende Digitalisierung, anwenderfreundliche Vollzugshilfen und straffe Fristen für gebundene Entscheidungen weiter zu modernisieren. Um eine ordnungsgemäße Personalausstattung zu finanzieren, wird die Bundesregierung aufgefordert, sich angemessen an diesen Kosten zu beteiligen. Im Bund-Länder-Pakt für Planungs-, Genehmigungs- und Umsetzungsbeschleunigung ist hierfür eine Summe von 500 Millionen Euro jährlich benannt.
6. Die Wirtschaftsministerinnen, Wirtschaftsminister und Wirtschaftssenatorinnen bekennen sich zu einer Behördenkultur, die Innovation, Erfindungsreichtum und Pragmatismus ermöglicht und unterstützt. Es braucht nicht nur Rechtsänderungen, sondern eine Rechtsanwendung in den Vollzugsbehörden, die darauf zielt, schnelle und sachgerechte Ergebnisse rechtssicher zu erreichen. Damit sichern wir auch in Zukunft die Anpassungsfähigkeit und die Perspektiven für unsere Wirtschaft.

7. Die Regelung von Einzel- und Ausnahmefällen in Gesetzen und Verordnungen führt oft zu hohem Aufwand bei gleichzeitig geringem Nutzen. Den Vollzugsbehörden ist im Rahmen ihrer Ermessensausübung ein stärkeres Vertrauen entgegen zu bringen, damit sie die in Ziffer 5 beschriebene Behördenkultur praktizieren können.
8. Die deutsche Wirtschaft darf auf dem europäischen Binnenmarkt nicht durch zusätzliche Anforderungen und übermäßige Bürokratie belastet werden. Die Wirtschaftsministerinnen, Wirtschaftsminister und Wirtschaftssenatorinnen fordern deshalb die Bundesregierung zur konsequenten 1:1 Umsetzung von Europarecht auf. Dabei muss eine Umsetzung sichergestellt werden, die insbesondere neue Rechtsunsicherheiten auf Grund unbestimmter Rechtsbegriffe oder Abweichungen vom Europarecht vermeidet. Insbesondere bei der Umsetzung der neuen Industrieemissionsrichtlinie vom 15. Juli 2024 sowie der Erneuerbaren-Energien-Richtlinie dürfen keine zusätzlichen Belastungen und bürokratische Anforderungen für Wirtschaft und Industrie eingeführt werden, die einen Nachteil im internationalen Wettbewerb darstellen würden.
9. Die Wirtschaftsministerinnen, Wirtschaftsminister und Wirtschaftssenatorinnen fordern die Bundesregierung dazu auf, Planungs-, Genehmigungsverfahren insbesondere beim Ausbau und der Modernisierung wichtiger Infrastruktur kontinuierlich auf Beschleunigungsmöglichkeiten zu überprüfen und mit den Ländern darüber im Dialog zu bleiben sowie gemeinsam kontinuierlich Verzögerungsgefahren entgegenzuwirken. Notwendige Investitionen in Energienetze, Straßen, Brücken und das Schienennetz dürfen nicht verzögert werden.
10. Großraum- und Schwerlasttransporte sind für viele Unternehmen und für den Aufbau von Windenergieanlagen sowie Maßnahmen des Ausbaus der Energienetze wesentlich. In der Umsetzung sind diese Transporte aufgrund der komplexen

Ausgestaltung der Genehmigungsverfahren zumeist langwierig, was die wirtschaftliche Entwicklung und die Energiewende bremst. Auch muss die Verkehrsinfrastruktur dahingehend ertüchtigt werden, dass effiziente Routen für die jeweiligen Transporte sichergestellt werden können. Die Wirtschaftsministerinnen, Wirtschaftsminister und Wirtschaftssenatorinnen bitten deshalb die Verkehrsministerinnen und Verkehrsminister, die Verkehrssenatorinnen und den Verkehrssenator sich auch weiterhin mit besonderem Nachdruck für die Beschleunigung und Vereinfachung der Genehmigungsverfahren für Großraum- und Schwerlasttransporte sowie die Beseitigung der maßgeblichen verkehrsinfrastrukturellen Engpässe einzusetzen.

11. Um Planungs- und Genehmigungsverfahren konsequent zu beschleunigen und Entlastungspotentiale systematisch zu heben, müssen nicht nur einzelne Paragraphen geändert, sondern Verfahren als Ganzes aus der Anwendendenperspektive betrachtet werden. Hierzu sind Praxischecks und Erfahrungsaustausche mit Praktikerinnen und Praktikern ein erfolgreiches Instrument, das es in Zukunft noch stärker zu nutzen gilt, auch in der Zusammenarbeit der Länder sowie mit der Bundesregierung, insbesondere dem BMWK.